

dfi analyse

Bundestag, 29. September 2011, 11:38 Uhr: „Ja“: 523 / „Nein“: 85 – Politisierung der Europapolitik? – Seite 1

dfi information

Paris-Seminar für Nachwuchsjournalisten. Zwischen dem Prunk der Republik und dem Beton der Vorstädte: Einblicke in die politische und gesellschaftliche Realität Frankreichs – Seite 4

56. Jahrestagung der deutsch-französischen Gesellschaften – Seite 5

Ideenwettbewerb „On y va – auf geht’s“ – Auftaktveranstaltung – Seite 5

dfi service

Buchvorstellung: Alfred Grossers Lebensbilanz – Seite 6

Buchvorstellung: Hélène Miard-Delacroix: Deutsch-Französische Geschichte – Seite 6

Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche – Seite 7

Veranstaltungsreihe Redécouvrir la Cité: Die Zukunft des Zusammenlebens – Seite 7

Deregulierung in der Daseinsvorsorge und Arbeitsbeziehungen – Seite 7

Bundestag, 29. September 2011, 11:38 Uhr:

„Ja“: 523 / „Nein“: 85 Polarisierung der Europapolitik?



Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundestag während der namentlichen Abstimmung zur EFSF
Quelle: dpa Picture-Alliance

dfi analyse

Am 29. September hat der deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit die Beschlüsse der Regierung zur Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ratifiziert. Es gab nicht nur, entgegen den zuvor geäußerten Befürchtungen, eine letztendlich stabile „Kanzlermehrheit“, sondern auch die großen Oppositionsparteien SPD und Grüne unterstützten das Gesetz, nur die Mitglieder der Linksfraktion verweigerten ihre Zustimmung. Vielen deutschen Europäern, aber auch vielen Nachbarn war die Erleichterung über die „gute Berliner Entscheidung“ (so Le Monde in seinem Leitartikel vom 1.10.2011, S. 1) anzumerken.

Und doch bleiben Fragen: Bedeutet diese parteiübergreifende Zustimmung zu einem europäischen Gesetz die Rückkehr des alten „permissiven Konsensus“ in der Europapolitik? Reicht dieses Bekenntnis des deutschen Parlaments zu Europa, um die allorts in Diskussionen und Debattenbeiträgen spürbaren europaskeptischen, bisweilen reaktionären und chauvinistischen Aufwallungen vergessen zu machen?

Unsere These ist, dass wir uns mitten in einer Phase der „Polarisierung“ der Europapolitik befinden, die einhergeht mit der Phase der Verfassungswerdung, der „Konstitutionalisierung“ der EU. Dabei ist die öffentliche, auch kontroverse Debatte unverzichtbar, soll eine demokratische Aneignung des europäischen Projekts gelingen. Freilich beinhaltet diese Entwicklung auch Risiken: Es scheint nicht ausgeschlossen, dass die nationalistischen Fliehkräfte so groß werden, dass nicht über die (politisch rechte oder linke) Ausrichtung bestimmter Politiken gestritten wird – also etwa mehr Eigenverantwortung vs. mehr Umverteilung – sondern dass die Fundamente selbst des Einigungswerks zur Debatte stehen.

Was die Europapolitik betrifft, so kann der öffentlichen Meinung in Deutschland in den letzten Jahren, seit Beginn der Finanz- und Schuldenkrise, eine nachholende Entwicklung attestiert werden. Während europaskeptische Debatten in Deutschland bisher auf das Umfeld von Klagen und Entscheidungen vor dem Bundesverfassungsgericht beschränkt waren, haben andere Länder, vor allem Frankreich, schon we-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

sentlich früher den öffentlichen und politischen Streit über die Grundlagen der europäischen Einigung gesucht. Auch darin werden Besonderheiten der nationalen politischen Kultur deutlich – hier das deutsche Verständnis, in dem ein starkes Bundesverfassungsgericht nach dem Krieg eben deshalb seine bekannt starke Position erhielt, um „Exzesse des Parlamentarismus“, wie beispielsweise das Ermächtigungsgesetz von 1933, in Zukunft zu verhindern. Die zentrale Bedeutung, die der Einhaltung und Respektierung einmal beschlossener Regeln und Abkommen seitdem zukommt, führt in der Debatte über die Europapolitik zu einer besonderen deutschen Empfindlichkeit bei Regelverletzungen, insbesondere in der Wirtschafts- und Währungspolitik.

In Frankreich dagegen wurde der „parlamentarische Exzess“ (beispielsweise die Vollmachten für Marschall Pétain 1940) in der V. Republik durch ein starkes präsidiales System mit plebiszitären Elementen einzuhegen gesucht – aus dem französischen Verständnis heraus, dass der souveränen Nation und ihrem Volkswillen kein Gericht und kein Gesetz dauerhaft im Wege stehen dürfe. Das Resultat waren leidenschaftliche politische Debatten (schon in der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954), in denen über die Möglichkeit gestritten wurde, bestimmte grundlegende Elemente demokratischer Herrschaft (nationale und demokratische Souveränität vor allem) auf die europäische Ebene zu verlagern.

In Frankreich stand die europäische Integration also schon wesentlich länger im Zentrum harter Auseinandersetzungen: man denke an die durch



Proteste in Griechenland
(Quelle: flickr)

die Zwänge des Europäischen Währungs-Systems ausgelöste Hinwendung der französischen Wirtschaftspolitik zu einem Stabilitätskurs nach deutschem Vorbild (1983), an die Kontroversen um den Vertrag von Maastricht 1992 und nicht zuletzt an das gescheiterte Verfassungsreferendum 2005. In allen diesen Fällen wurden die europäischen Projekte Gegenstand heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen. Dahingegen wurde der besagte Verfassungsvertrag in Deutschland ohne größere Diskussionen mit überwältigender Mehrheit ratifiziert.

Europhilie in Deutschland, Europaskepsis in Frankreich? Schon damals war die Wirklichkeit komplizierter. Wenn Europapolitik zur Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird, ist es nicht nur legitim, sondern geradezu zwangsläufig, europäische Entscheidungen auch zum Ge-

genstand demokratischer Debatten zu machen und um unterschiedliche Lösungsansätze zu streiten. Die Frage lautet eher, wie solche unterschiedlichen, aber legitimen Positionen im politischen Wettbewerb einer Entscheidungsfindung zugeführt werden können, die eben nicht die Grundlagen des Zusammenlebens zur Debatte stellt, die Ausrichtung bestimmter Politiken jedoch sehr wohl zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung macht. In dieser Perspektive war die Abwesenheit grundsätzlicher, kontroverser Europadebatten in Deutschland eher trügerisch und beunruhigend.

Seit Ausbruch der Krise haben sich die Vorzeichen verändert: Während sich die französische Regierung in ihren Reaktionen und Initiativen im Zuge der Krise – ob es nun um Hilfen für Grie-

Fortsetzung auf Seite 3



Der Europäische Rat (Quelle: flickr)

Fortsetzung von Seite 2

chenland ging, um einen europäischen finanziellen Rettungsschirm oder um die Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung – einer breiten Zustimmung der Wähler sicher sein konnte, brach in Deutschland eine Zeit der politischen Kontroversen, ja Widerstände gegen die in Europa geforderten Maßnahmen an, die durch die bekannten Zögerlichkeiten der Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren noch angefacht wurden. Während in Frankreich die im Sommer vereinbarte Ausweitung der Befugnisse des EFSF ohne Diskussion parlamentarisch durchgewunken wurde, formierte sich in Deutschland in den Koalitionsfraktionen ein politischer Widerstand, hinter dem zwar nur eine begrenzte Zahl von Abgeordneten stand, der aber auf erheblichen öffentlichen Widerhall stieß. Das letztlich klare, auch von den Grünen und der SPD mit getragene Votum des Bundestages für die Stabilisierung des Euroraums kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kontroversen weiter gehen werden.

Es wäre jedoch zu einfach, die heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen und die eher zögerliche Politik der Bundesregierung als „europaskeptisch“ zu kritisieren, wie dies im In- und Ausland (gerade auch in Frankreich) wiederholt geschehen ist. Man könnte gerade umgekehrt den Kritikern des eingeschlagenen Kurses unter den Parlamentariern zugute halten, dass sie der Demokratie und der europäischen Integration einen guten Dienst erwiesen haben. Es würde dementsprechend zu kurz greifen, sie als zurückgebliebene Europaskeptiker zu kennzeichnen. Sie haben den Zweifeln eines großen Teils der Bürger eine politische Stimme verliehen, und diese Kanalisierung verhinderte zugleich das Abgleiten der europaskeptischen Bewegung an die extremen Ränder des politischen Spektrums.

Die Mehrheit der Bürger, auch wenn sie weiterhin den Gedanken der europäischen Einigung trägt, fühlt sich in der Finanzkrise orientierungslos und fürchtet, dass die riesigen eingesetzten Summen nutzlos versickern. Ohne die Möglichkeit eines wirklichen politischen Zugriffs auf die



Referendum in Frankreich (Quelle: flickr)

Probleme und in Abwesenheit einer klaren Lösungsstrategie, die der Bevölkerung die abverlangten Anstrengungen erklären und kommunizieren würde, tendieren sie eher zu Skepsis oder Ablehnung des vorgesehenen massiven deutschen Engagements. Handelt es sich dabei aber um echte Europaskepsis, um Anti-Europäertum? Im Gegenteil: Es handelt sich in erster Linie um das Geld des Steuerzahlers, sowie um bessere Instrumente, um die finanzielle Stabilität Europas zu garantieren! Angesichts der überall angehäuften Schuldenberge der öffentlichen Haushalte, sowie im Hinblick auf das Versagen der politischen Instrumente vor der Banken- und Finanzkrise seit 2008, scheinen die öffentlichen Zweifel an den immer neuen Versprechungen der Politik durchaus verständlich. Zumindest muss festgehalten werden, dass der augenfällige Mangel an politischer Führung und die Abwesenheit einer Kommunikationsstrategie, die das Handeln der Regierung in der Krise erklärt hätte, zur Entwicklung der öffentlichen Zweifel und Skepsis am eingeschlagenen Weg beigetragen haben.

Der parlamentarischen Kontroverse im Vorfeld der Entscheidung des Bundestags kommt so das Verdienst zu, die Regierung zur Erklärung und Aufklärung über ihr Projekt gezwungen zu haben. Der öffentliche Streit mobilisierte endlich diejenigen in Parlament und Regierung, die – richtigerweise – der Ansicht sind, dass Deutschland von Europa profitiert und dass es in seinem wohlverstandenen Eigeninteresse liegt, Europa robuster und stabiler zu machen. Damit haben wir endlich die in unzähligen Leit-

artikeln, Konferenzen und Debattenbeiträgen geforderte Diskussion über Europa, über die Vorteile und Schwierigkeiten, die es mit sich bringt, über das nötige Maß an Solidarität und die im Gegenzug notwendigen Garantien und Souveränitätsbeschränkungen. Diese Debatte ist Teil der demokratischen Aneignung des politischen Projekts Europa und damit Voraussetzung für die Verfassungswendung der Europäischen Union.

Während die politische Agenda in Deutschland in der letzten Zeit durch die Bereitstellung eines enormen finanziellen Engagements und die Veränderung traditionell etablierter Positionen zur Währungsunion gekennzeichnet war, hatte es an einer öffentlichen Debatte, die die demokratische Auseinandersetzung mit und Aneignung von diesen Entwicklungen ermöglicht hätte, gefehlt. Nun muss es darum gehen, diese Entwicklungen in einem Gesamtbild der europäischen Herausforderungen zu rahmen und die sich daraus ergebenden Fragen jenseits der Rettungsaktionen für Griechenland zu debattieren: Die Notwendigkeit eines effizienteren Krisenvorsorge-mechanismus (anstelle des überkommenen Stabilitäts- und Wachstumspakts); die Regulierung nationaler Haushaltspolitiken im Sinne einer stabilitätsorientierten Haushaltskultur; eine Verstärkung der gemeinschaftlichen Kontroll- und Entscheidungsmechanismen in Fragen der Budgetpolitik; eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklungsstrategie. Und schließlich stellt sich die Frage nach der demokratischen Legitimität dieser europäischen Entscheidungen. Alle Bundestagsabgeordneten haben sich über die Parteigrenzen hinweg auf ihr demokratisches Kontroll- und Gestaltungsrecht berufen, unterstützt von den Leitsätzen des Bundesverfassungsgerichts über die Unveräußerlichkeit des Haushaltsrechts als „Königsrecht“ des Parlaments, dessen Erkämpfung in vielen Fällen die Entwicklung zur parlamentarischen Demokratie im 19. Jahrhundert erst ermöglichte.

Die Beschränkung auf die intergouvernementale Methode, die Gipfel der Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen, werden diesen demokratischen Standards nicht genügen. Es stellt sich deshalb die drängende Frage, wie die Standards demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung über die nationale Ebene der mitgliedstaatlichen Parlamente hinaus auf europäischer Ebene verwirklicht werden können. Diese über Deutschland hinaus nützliche und wichtige Debatte angestoßen zu haben ist das Verdienst aller deutschen Parlamentarier, die am 29. September an der Abstimmung im Bundestag teilgenommen haben.

Henrik Uterwedde [✉uterwedde@dfi.de](mailto:uterwedde@dfi.de)
Stefan Seidendorf [✉seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)



Abstimmung im Bundestag
(Quelle: Deutscher Bundestag)

Paris-Seminar für Nachwuchsjournalisten

Zwischen dem Prunk der Republik und dem Beton der Vorstädte: Einblicke in die politische und gesellschaftliche Realität Frankreichs.

Mittlerweile im fünften Jahr fand vom 18. bis 25. September 2011 das von der Robert Bosch Stiftung finanzierte Seminar für junge deutsche Journalisten in Paris statt. Auch in diesem Jahr erwartete die ausgewählten Teilnehmer ein dichtes Programm mit hochkarätigen Terminen. Zwischen einem Besuch bei Jean-Louis Debré, dem Präsidenten des französischen Conseil constitutionnel (entspricht in Frankreich dem Bundesverfassungsgericht) und einer Exkursion in die Vorstädte, mit Besuch beim Generalrat des Departements Essonne, wurden die vielfältigen Facetten der französischen Politik deutlich. Neben inhaltlichen Fragen – warum etwa spielt das französische Verfassungsgericht in der Schuldenkrise eine völlig andere Rolle als sein deutsches Pendant? – faszinierten die jungen deutschen Journalisten auch die unterschiedliche Atmosphäre und Stimmung – zwischen feierlich-formell und ungezwungen-kumpelhaft – in der sie jeweils empfangen wurden.

Das Seminar bot den Teilnehmern außerdem die Gelegenheit zu einer vertieften Einführung in die französische Medienlandschaft. Höhepunkte waren die Teilnahmen an den Redaktionssitzungen



Jean-Louis Debré, Präsident des französischen Verfassungsgerichts, empfängt die Teilnehmer des Journalisten-Seminars in seinem Büro – dem Schlafzimmer Ludwig XIV. (Quelle: Julian Kanth)



An historischem Ort: Die Journalistengruppe im Garten des Palais Royal (Quelle: dfi)

der Abendnachrichten von TF1 (Europas größtem Privatsender) und der Politikredaktion von Le Monde. Da Premierminister Fillon am Tag zuvor eine Annäherung des französischen an das deutsche Rentensystem gefordert hatte, konnten wir bei Le Monde direkt in einer kontroversen Diskussion verfolgen, welche Rolle das „Modell Deutschland“ (als negative oder positive Referenz) derzeit in der französischen politischen Debatte spielt.

Die großen Fragen nach einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunftsmodell für Europa wurden auch bei einem Treffen mit François Chérèque, Generalsekretär der größten französischen Gewerkschaft CFDT, diskutiert. Ein sehr gut über europäische Fragen und die Zustände in Deutschland informierter Generalsekretär vermittelte, dass auch die französischen Gewerkschaften, entgegen ihrem Ruf, längst in der europäischen Realität angekommen sind.

Die Schwierigkeiten, diese Realität im politischen und gesellschaftlichen Alltag zu gestalten und zu vermitteln, wurden der Gruppe schließlich in Besuchen und Gesprächen mit dem Büroleiter des französischen Europaministers und seinem deutschen Stellvertreter, bei Treffen im Goethe-Institut und in der deutschen Botschaft erläutert. Bei einem Besuch bei Saint Louis Suce, Teil der deutschen Südzuckergruppe, machte Vorstandsmitglied Dr. Stephan Meeder jedoch deutlich, wie mit interkulturellen Unterschieden gewinnbringend umgegangen werden kann, ohne eine Einebnung oder Homogenisierung jener Unterschiede zu erzwingen, die Europa so besonders machen.

Bei der Einordnung der vielfältigen Eindrücke halfen den Teilnehmern die wissenschaftliche und fachkundige Begleitung durch Universitäts-



Spannung vor dem Besuch des Verfassungsrats (Quelle: Julian Kanth)

professoren sowie durch die beiden dfi-Mitarbeiter Dominik Grillmayer (Sozialpolitik) und Stefan Seidendorf (Europapolitik), die auch außerhalb des Hörsaals, beim Picknick auf dem Marsfeld, beim gemeinsamen Theaterbesuch und bei einem Spaziergang im multikulturellen Viertel La Goutte d'Or Rede und Antwort standen. Die Eindrücke der Seminarteilnehmer, die im Anschluss an die Pariser Woche alle in ein vom dfi vermitteltes Praktikum in unterschiedlichen Zeitungs-, Fernseh- und Rundfunkredaktionen starten, werden im Herbst in Form einer Sonderbeilage der Dernières Nouvelles d'Alsace (DNA) veröffentlicht werden.

Stefan Seidendorf seidendorf@dfi.de

56. Jahrestagung der deutsch-französischen Gesellschaften

Der Verband der deutsch-französischen Gesellschaften für Europa (VDFG) und sein französisches Pendant, die Fédération des Associations Franco-Allemandes pour l'Europe (FAFA) haben zu ihrer 56. Jahrestagung nach Kiel eingeladen.

Die politische Prominenz bei Auftakt und Abschluss war beeindruckend: Stadt Kiel, Land Schleswig-Holstein und Republik Frankreich waren auf höchstem Niveau vertreten. Aber noch wichtiger sind die behandelten Themen. In Podien und Arbeitsgruppen ging es um die Vernetzung der DFGs mit Akteuren der Wirtschaft, um die neuen Kommunikationsmedien und um den Platz der DFGs im großen Netzwerk deutsch-französischer Zusammenarbeit.

Die große Anzahl der Teilnehmer und das hohe Niveau der Diskussionen zeigen, dass die bewährte Form des persönlichen und ehrenamtlichen Engagements keineswegs überholt ist, im Gegenteil: Ohne die stabilen Netzwerke in der Gesellschaft würde die deutsch-französische Kooperation Gefahr laufen, von der politischen Konjunktur abhängig zu werden. Beruhigend ist die Erkenntnis, dass die deutsch-französischen Gesellschaften professionell aufgestellt sind und ihre Rolle auch in Zukunft mit viel Energie und Ideenreichtum spielen werden.

Frank Baasner baasner@dfi.de

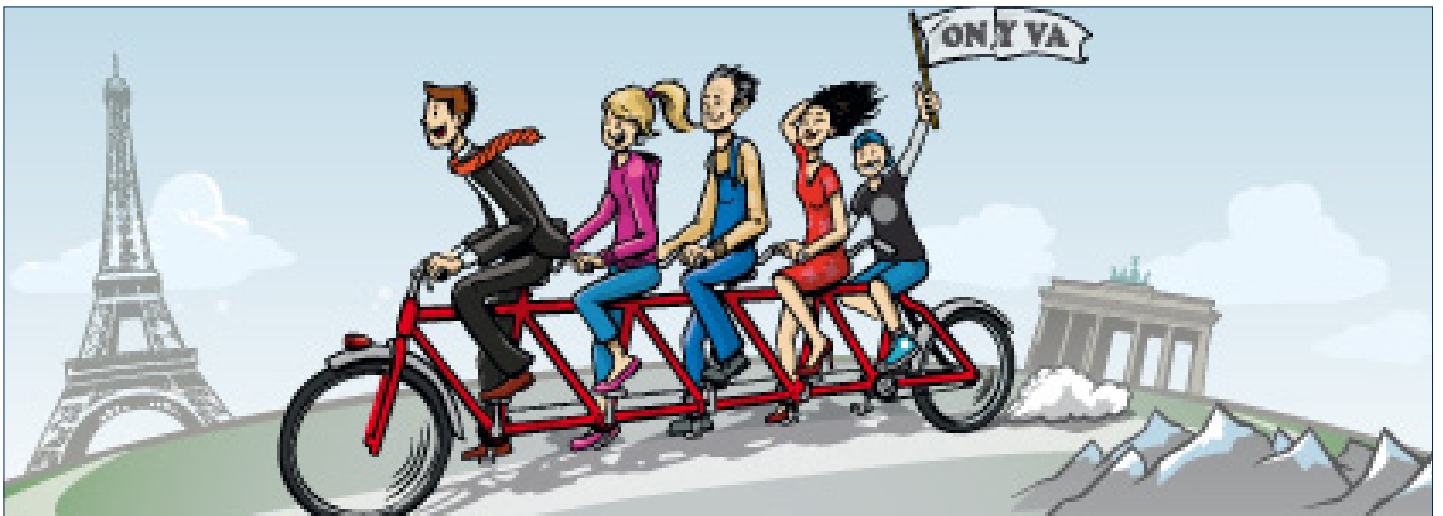


v.l.n.r.: Gérard Thieser, Präsident der FAFA; Dr. Margarete Mehdorn, Vizepräsidentin der VDFG; Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein; Prof. Dr. Frank Baasner, Direktor des dfi (Quelle: VDFG, Kiel)



v.l.n.r.: S.E. Maurice Gourdault-Montagne, Botschafter der Französischen Republik; Gereon Fritz, Präsident der VDFG; Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (Quelle: VDFG, Kiel)

Ideenwettbewerb „On y va – auf geht's“ – Auftaktveranstaltung



Deutsch-französischer Ideenwettbewerb (Quelle: Robert Bosch Stiftung)

„On y va – auf geht's“, das sind 15 spannende Projekte, die engagierte Bürger aus Frankreich und Deutschland zusammenbringen und unterschiedliche Fragestellungen aufgreifen.

Vom 6. – 8. Oktober 2011 trafen sich Vertreter der von der Robert Bosch Stiftung geförderten Projekte in Ludwigsburg, um sich kennenzulernen

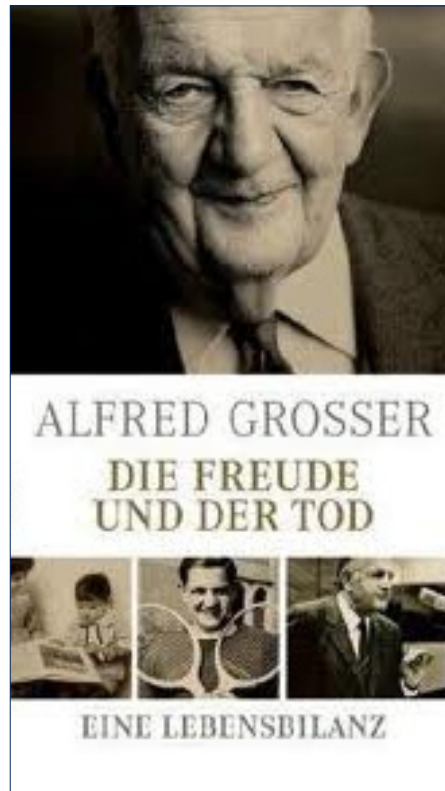
und noch Rüstzeug für die Durchführung ihrer Ideen zu erhalten. Informationen über den Ideenwettbewerb unter <http://www.bosch-stiftung.de/ideenwettbewerb/>.

Bénédicte Weste / Karsten Kasper ideenwettbewerb@dfi.de

Alfred Grossers Lebensbilanz

Alfred Grosser, Zeit seines Lebens ein Förderer und Wegbegleiter des Deutsch-Französischen Instituts, hat ein sehr persönliches Buch geschrieben. Der 1925 in Frankfurt geborene Franzose legt uns und sich selbst Rechenschaft ab über sein jahrzehntelanges Wirken als – wie er sich einmal selbst bezeichnet hat – Moralpädagoge, dessen Losung es ist, „durch Wissen und Wärme aufklärerisch [zu] beeinflussen“. Sein Buch bietet Einblicke in die Grundlagen seines Denkens und Handelns, erläutert die Wertvorstellungen, die seine Arbeit und sein politisches Engagement begründen.

Der Leser erfährt auch manches über den Werdegang Alfred Grossers, über Schlüsselerfahrungen, die für sein Leben und Handeln von Bedeutung waren, sowie über Vertraute und Wegbegleiter; hier findet sich eine eindrucksvolle Hommage an die Mutter und an die Frau des Autoren (S. 193ff). Wer Alfred Grosser als Autor, als Hochschullehrer, Redner und Diskutant erlebt hat, findet viele vertraute Gedankengänge wieder und begegnet auf Neue den Kernthemen, die Grosser immer wieder



Alfred Grosser: *Die Freude und der Tod. Eine Lebensbilanz*. Reinbek: Rowohlt 2011, 288 Seiten, 19,95 €. (Quelle: Rowohlt)

beschäftigt haben: Die intensive Auseinandersetzung des bekennenden Atheisten mit dem Christentum, die moralische Begründung und die Wertmaßstäbe der Politik, Grundfragen der Demokratie, der Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich, der Weg nach – und die Rolle beider Länder in – Europa.

Dies alles wird gut lesbar, oft kurzweilig und pointiert dargeboten, in einem Erzählten, der immer wieder an den fesselnden Redner erinnert, mit einer Fülle von Anekdoten, Erlebnissen und Zitaten von Zeit- und Weggenossen. Mit zahlreichen Bezügen auf eigene Reden, Begegnungen und Ehrungen präsentiert sich der Autor als – durchaus auch streitbarer – Aufklärer, dessen erfüllter, wirkungsreicher Lebens- und Berufsweg in jeder Hinsicht Bewunderung und Respekt abverlangt.

Henrik Uterwedde u@dfi.de

Hélène Miard-Delacroix: Deutsch-Französische Geschichte

Der elfte Band der auf elf Bände angelegten, vom Deutschen Historischen Institut in Paris herausgegebenen, deutsch-französischen Geschichte liegt nun vor. In ihrer auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen konzentrierten Gesamtschau hat die Autorin Hélène Miard-Delacroix, Professorin für Deutsche Geschichte und Kultur an der Universität Paris-Sorbonne (Paris 4), eine beeindruckende Menge neuerer sowie klassischer Literatur zum Thema verarbeitet. Trotz der Fülle des Materials verzichtet sie nicht auf eigene Quellenarbeit in deutschen und französischen Archiven. Damit ist ihr eine lesenswerte und lesbare Studie gelungen, die Fachpublikum und interessierte Öffentlichkeit gleichermaßen ansprechen dürfte.

Dies liegt an der gewählten Darstellung. Einem ersten chronologischen Teil, der eine Synthese des Forschungsstandes bietet, dabei aber nie in Fachjargon abdriftet, steht ein zweiter Teil gegenüber, der deutsch-französische gesellschaftliche und politische Schwerpunkte vertieft. Hier finden sich Beiträge zur wissenschaftlichen Diskussion, beispielsweise zu „Mai 1968“, „Regierung und politische Kultur im Vergleich“, „Wandel der Arbeitsgesellschaft“ oder das überaus gelungene Kapitel zu „Geschichte und Erinnerung“. Dabei bedient sich die Autorin einer „ge-



kreuzten Betrachtungsweise“ (histoire croisée), eines im Rahmen der Untersuchung von Kulturtransfers von Bénédicte Zimmermann und Michael Werner entwickelten Konzepts. Anstelle einer nur vergleichenden Herangehensweise (Gemeinsamkeiten und Gegensätze zwischen den beiden Ländern) oder der Untersuchung einzelner Transfers (aus einem Land in das andere), konzentriert sie sich auf die Vermischung gemeinsamer und gegenläufiger Ent-

Reihe: *WBG Deutsch-Französische Geschichte (DFG)*.

Band XI: *Im Zeichen der europäischen Einigung 1963 bis in die Gegenwart*, Hélène Miard-Delacroix. Aus dem Franz. von Birgit Lamerz-Beckschäfer. 2011. 404 S. mit 2 Kt., 2 Abb., Zeittafel, Reg. und Bibliogr.

(Quelle: *Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt*)

wicklungen, die sich aus der Vielzahl der deutsch-französischen, länderübergreifenden Kontakte ergeben. So wird es möglich, den nationalen Rahmen („französische“ versus „deutsche“ Geschichte) zugunsten anderer Rahmungen (politisch, gesellschaftlich, religiös, wirtschaftlich...) zu verlassen.

Im Ergebnis führt dies zu einer wirklich deutsch-französischen Geschichte. Der Versuch ist, trotz der großen Menge verwendeter Literatur (französisch-, deutsch-, teilweise auch englischsprachig) und der Vielfalt an behandelten Themen, überaus gelungen und Hélène Miard-Delacroix darf zu ihrem Werk beglückwünscht werden. „Deutsch-Französische Geschichte“ wird mit Sicherheit für längere Zeit einen Platz als Standardwerk in Seminaren und Schulen einnehmen.

Stefan Seidendorf s@dfi.de

Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche

Seit 2007 veranstaltet die Robert Bosch Stiftung gemeinsam mit der belgischen König Baudouin Stiftung und in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut eine Konferenzreihe zu den Herausforderungen der Integration auf lokaler Ebene.

Ziel der im Jahresrhythmus stattfindenden Tagungen ist der grenzüberschreitende Informationsaustausch zwischen kommunalen Mitarbeitern und Experten aus Deutschland, Frankreich und Belgien zu wichtigen Aspekten der Einwanderungspolitik.

Das fünfte Kolloquium findet am 27. und 28. Oktober 2011 in Berlin statt und widmet sich dem Thema „Zuwanderung durch Familienzusammenführung als Herausforderung für lokale Integrationspolitik“.

Seit kurzem liegt ferner der Tagungsbericht der letztjährigen Konferenz vor, bei der die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt in multiethnischen Stadtgesellschaften im Mittelpunkt stand. Diese Veröffentlichung sowie die Berichte aus den Jahren 2007 bis 2009 können Sie [hier](#) bestellen.



dfi compact
Nr. 10
(Quelle: dfi)

Veranstaltungsreihe Redécouvrir la Cité: Die Zukunft des Zusammenlebens

Vom 20. Oktober bis zum 8. November 2011 findet an diversen Orten in Stuttgart und Tübingen eine fachübergreifende Veranstaltungsreihe statt, die sich aus soziologischer, historischer, architektonischer und künstlerischer Perspektive mit der Krise französischer Banlieues auseinandersetzt und Vergleiche zu den Verhältnissen in sozialen Brennpunkten hierzulande zieht.

Die Begriffe Banlieues oder Cités werden häufig synonym verwendet für französische Stadtgebiete, in denen ab Beginn der fünfziger bis in die siebziger Jahre massenhaft Sozialwohnungen errichtet wurden. Neben einer Bestandsaufnahme der Situation in französischen und deutschen Großwohnsiedlungen werden in mehreren Vorträgen deren Entstehungsgeschichte sowie insbesondere auch integrationspolitische Fragestel-

lungen thematisiert. Eine Filmvorführung zum Thema Integration und Zusammenleben in Frankreich und Deutschland ergänzt das vielfältige Programm. Den Auftakt macht eine Podiumsdiskussion im Stuttgarter Institut français, die in vergleichender Perspektive sozialen und räumlichen Segregationsprozessen in benachteiligten Stadtteilen beider Länder auf den Grund geht. Der Eintritt für alle Veranstaltungen der Reihe ist frei. ([Weitere Informationen](#)).



Flyer zur Veranstaltungsreihe
(Quelle: Institut français Stuttgart)

Deregulierung in der Daseinsvorsorge und Arbeitsbeziehungen

Dieser Sammelband, der aus einem gemeinsamen Projekt des CIRAC und des dfi hervorgegangen ist, untersucht die Auswirkungen der Deregulierungen im Bereich der Daseinsvorsorge auf die Arbeitsbeziehungen und auf das soziale Management der Unternehmen dieses Sektors.

23 Beiträge widmen sich generellen Entwicklungstrends sowie sektorspezifischen Auswirkungen in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern. Aus den Analysen ergibt sich ein differenziertes Bild: Die Deregulierung führt teilweise zu sozialen Rückschritten, ist aber anderswo auch Ausgangspunkt neuer Organisationsformen und Arbeitsbeziehungen gewesen. Diese Entwicklungen sind Teil eines Modernisie-

rungsprozesses des öffentlichen Dienstleistungssektors, der für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Ökonomien von entscheidender Bedeutung ist.

Solène Hazouard/René Lasserre/Henrik Uterwedde (Hrsg.): *Relations sociales dans les services d'intérêt général. Une comparaison France-Allemagne*. Cergy: CIRAC 2011, 308 S., 25 €
(Infos und Bestellungen: <http://www.cirac-u-cergy.fr/travaux.php#sieg>)



Termine

18. Oktober

Buchvorstellung mit Alfred Grosser, Ludwigsburg

19. – 22. Oktober

Seminar für französische Journalisten, Stuttgart und Berlin. „Prioritäten deutscher Politik im Jahr 2011“

20. Oktober

Podiumsdiskussion beim Institut français, Stuttgart

27. – 28. Oktober

V. Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche aus Deutschland, Belgien und Frankreich, Berlin, „Familienzusammenführung als Herausforderung für lokale Integrationspolitik“

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
www.dfi.de
info@dfi.de
Redaktion: Waltraut Kruse
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner